

Sitzungsniederschrift

Gremium:	Bau-, Umwelt- und Agrarausschuss
Sitzung am:	Donnerstag, 06.10.2016
Sitzungsort:	Ratssaal der Kreisverwaltung Bad Dürkheim
Sitzungsdauer:	14:30 Uhr - 16:30 Uhr
Art der Sitzung:	öffentlich

Das Ergebnis der Sitzung ergibt sich aus den beigefügten Anlagen.

Niederschriftsführerin

Vorsitzender

Larissa Kehl

Frank Rüttger
Kreisbeigeordneter

Anwesend waren:

Rüttger, Frank **als Vorsitzender**

Mitglieder CDU-Fraktion

Stölzel, Reinhard
Wolf, Walter
Bechtel, Torsten
Groß, Birgit

Mitglieder SPD-Fraktion

Niederhöfer, Reinhold
Huter, Klaus
Germann, Andrea
Pojtinger, Erich

Mitglieder FWG-Fraktion

Postel, Maximilian

Mitglieder Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Schneider, Wolfgang

Mitglieder FDP-Fraktion

Werry, Ralf

Mitglieder AfD-Fraktion

Teska, Anne

Stellvertretende Mitglieder CDU-Fraktion

Sauer, Friedel **Vertretung für Renate Armbrust**

Entschuldigt fehlten:

Mitglieder CDU-Fraktion

Armbrust, Renate (fehlte entschuldigt)
Wagner, Klaus (fehlte entschuldigt)

Mitglieder FWG-Fraktion

Gauch, Hanns (fehlte entschuldigt)

Verwaltung:

Pressereferentin Müller, **Abteilung 1**
Herr Parti, **Referatsleitung 51**
Frau Kehl, **Ref. 51 als Niederschriftsführerin**

Sonstige:

Herr Alfter, **Vertreter Rheinpfalz**
Herr Seelbach, **SiB Ingenieuresellschaft mbH, Ober-Mörlen**
Herr Schenck, **Ingenieuresellschaft GmbH Schenck, Neustadt**

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Tiefgarage des Kreishauses, Bad Dürkheim
hier: Sachstandsbericht zum Sanierungsgutachten
Vorlage: 155/2012/4
2. Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2017, Ansätze für den Bereich Investitions- und Bauunterhaltungsmaßnahmen
Vorlage: 158/2016
3. Mitteilungen und Anregungen

Der Vorsitzende begrüßte die Anwesenden, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Auf Befragen wurden keine weiteren Wünsche zur Tagesordnung gestellt.
Der Vorsitzende stellte die anwesenden Personen vor. Hierunter auch den neuen Referatsleiter des Referates 51 Kreiseigener Bau, Herr Arun Parti.

Öffentlicher Teil:

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 1

Drucksache **155/2012/4**

Gremium:

Bau-, Umwelt- und Agrarausschuss

Sitzung am:

Donnerstag, 06.10.2016

Tagesordnung:

Tiefgarage des Kreishauses, Bad Dürkheim
hier: Sachstandsbericht zum Sanierungsgutachten

Beschluss:

Der Bau-, Umwelt- und Agrarausschuss nimmt die Informationen zur Kenntnis.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Zu Beginn stellte der Vorsitzende Herrn Seelbach von SiB und Herrn Schenk vom Büro Schenck vor. SiB hatte den Auftrag, die Tiefgarage auf den anstehenden Sanierungsbedarf zu untersuchen und Vorschläge zu Sanierungsmöglichkeiten zu unterbreiten. Herr Schenck war in dieser Angelegenheit für die Überprüfung des Tragwerks und des Brandschutzes eingebunden.

SiB stellte die gewonnenen Erkenntnisse dar. Die Tiefgarage wurde u.a. auf die Karbonatisierungsdichte, Oberflächenhaftzugfestigkeit, sowie den Chlorid Gehalt überprüft. In allen Bereichen sind Mängel aufgetreten, wenn auch unterschiedlich stark. Im Bereich der Oberflächenhaftzugfestigkeit konnte festgestellt werden, dass die Grenzwerte für die Mindestdruckfestigkeit an einigen Stellen unterschritten wurde. Im Großen und Ganzen läge jedoch eine homogen verteilte Betonqualität vor. Zur Karbonatisierungstiefe wurde festgestellt, dass mehrfach der Stahl erreicht wurde. Dies läge zum Teil am Alter des Bauwerkes, zum anderen seien die Vorgaben zum Zeitpunkt des Baus weniger strikt gewesen. Für die Behebung dieser Mängel gäbe es aber Möglichkeiten.

Der Chlorid Gehalt wurde insgesamt an 18 Messstellen überprüft. Hier sei ein deutlicher Korrosionsbeginn zu erkennen, der sich fortsetzen wird. Dies passiere durch Schlepplwasser, sowie undichte Decken und Bauwerksfugen. Dem entgegenzuwirken

sei durch das Aufbringen eines stärkeren Gefälles möglich. Weiterhin müssten zusätzliche Bodenabläufe eingebracht und der Boden abgedichtet werden (Beschichtung).

Im Rahmen der Sanierungsempfehlung teilte Herr Seelbach mit, dass eine Gefährdung der Standsicherheit nach Vorgaben der Richtlinie auf Dauer gegeben sei. Die Tiefgarage kann ohne weiteres genutzt werden, sollte aber saniert werden.

Es müsse verhindert werden, dass Tausalzchloride von oben eindringen können, die Schadstellen müssen behandelt und statisch relevante Bauteile ertüchtigt werden. Weiterhin müssen die Betonüberdeckungen der Bauteile auf das Soll-Maß erhöht und Oberflächenschutzsysteme eingebaut werden. Bodenflächen und aufgehende Bauteile seien zu beschichten und die Fugenprofile müssten neu angelegt werden. Die Kosten für diese Maßnahmen belaufen sich nach einer groben Schätzung von SiB auf ca. 4 Mio. € brutto. Hierin sind noch keine Kosten für Brandschutz, Beleuchtung und Schafstoffe enthalten.

Eine umfassende Sanierung der Tiefgarage könnte in einer Bauzeit von ca. 12 Monaten umgesetzt werden.

Herr Schenck teilte mit, dass die Standsicherheit des Gebäudes nicht fraglich ist. Dies ist entscheidend, da das Bürogebäude zum Teil auf der Tiefgarage gebaut wurde. Die Ausführung der Tiefgarage sei nicht planmäßig von Statten gegangen; die Betondeckung ist anders als vorgegeben, die statische Fläche ist kleiner und der Fugenverlauf nicht optimal. Die Konstruktion an sich sei sehr schlank und habe einige Schwachstellen. Allerdings sind die Bauteile in großen Flächen, abgesehen von der Einfahrt und dem sich anschließenden Teil, tragfähig. Es müssten vor allem mehr Stützen eingebaut werden, wodurch Parkflächen entfallen. Zudem müssten die Brandlasten in der Tiefgarage vermindert werden. Auch die Belüftung und die Fluchtwegkennzeichnung müsste in Angriff genommen werden. Die Kosten hierfür sind noch nicht ermittelt, werden derzeit aber aufgestellt.

Eine Förderung über den Investition-Stock ist möglich. Eine Sanierung wäre mit bis zu 60 % förderfähig. Allerdings muss für die Entscheidung über eine Förderung eine sehr detaillierte Wirtschaftlichkeitsbetrachtung beim Land vorgelegt werden. Auch hier wird eine Sanierung als unwirtschaftlich angesehen, wenn sie 80 % der Neubaukosten übersteigt.

Es ist vorrangig wichtig, die Förderung auszuloten und eine belastbare Sanierungsplanung zu entwerfen. Die Büros werden daher weiter planen. Weiterhin ist der Stellplatzbedarf zu ermitteln. Dieser richtet sich nicht nach der Anzahl der Mitarbeiter, sondern nach der Anzahl der Quadratmeter an Bürofläche. Hier gibt es noch die Besonderheit, dass die Sparkasse Stellplätze der Tiefgarage nutzt. Eine Beteiligung der Sparkasse an Sanierungskosten ist allerdings nicht möglich. Dies wurde über ein Dauernutzungsrecht vertraglich geregelt, da die Sparkasse die Baukosten für den von ihr genutzten Parkraum getragen hat.

Für den Fall, dass das Parkhaus durch einen Abriss wegfällt, wird die Sparkasse Ihren Bedarf anderweitig decken.

Aus den Reihen des Ausschusses wurde gefragt, ob man in den Bereich der Garage nicht den Abfallwirtschaftsbetrieb bauen lassen könnte. Hierzu teilte der Vorsitzende

jedoch mit, dass die Planung des AWB bereits abgeschlossen sei und auch entsprechend umgesetzt wird. Bis sich im Bereich der Tiefgarage ein neues Baufeld entwickelt bzw. die Teile, auf denen das Kreishaus steht umgenutzt werden können, werden noch Jahre vergehen.

Nach wie vor geht die Verwaltung davon aus, dass ein Bedarf für die Tiefgarage besteht. Vorerst muss geprüft werden, was mit dem Bereich der Tiefgarage passiert, der unter dem Verwaltungsgebäude liegt. Die hierfür bestehenden Möglichkeiten werden nun von der Verwaltung überprüft.

Der Ausschuss stellte die Frage in den Raum, ob es sinnvoll sei, für verhältnismäßig wenig Stellplätze eine Sanierung für mehr als 4 Mio. € vorzunehmen. Sicher sei es sinnvoll über eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung eine Entscheidungsgrundlage zu schaffen, aber man sollte eine so große Investition bei der derzeitigen finanziellen Lage des Landkreises überdenken.

Inwiefern eine Sanierung oder der Abriss der Tiefgarage mit dann verschiedenen Möglichkeiten zur Nutzung des entstehenden Baufeldes vorgenommen wird, bleibt der Entscheidung der Kreisgremien nach Vorlage einer belastbaren Wirtschaftlichkeitsbetrachtung vorbehalten. Bis zur nächsten Sitzung wird die Verwaltung den Stellplatzbedarf ermittelt haben. Auch die Kosten, die bei einer erhöhten Anmietung im Obstmarkt anfallen werden, will die Verwaltung abklären.

Herr Seelbach, Herr Schenck und Herr Alfter verlassen den Sitzungssaal.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 2

Drucksache **158/2016**

Gremium:

Bau-, Umwelt- und Agrarausschuss

Sitzung am:

Donnerstag, 06.10.2016

Tagesordnung:

Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2017, Ansätze für den Bereich Investitions- und Bauunterhaltungsmaßnahmen

Beschluss:

Der Bau-, Umwelt- und Agrarausschuss nimmt die Informationen zur Kenntnis.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Der Vorsitzende stellte die Präsentation zur Haushaltsberatung 2017 bzw. die Ansätze aus der Anlage zur Beschlussvorlage im Einzelnen vor.

Folgende Punkt wurden separat angesprochen:

Siebenpfeiffer Realschule Plus und Fachoberschule Haßloch – Kleinspielfeld:

Im Kleinspielfeldunterhalt standen das Reinigen und die Teilsanierung der Tartanfelder an. Beim Tartanfeld hat sich die Oberfläche abgelöst. Von einem Fachbüro wurde der Vorschlag unterbreitet mit größeren Korngrößen zu arbeiten, die vom Bindemittel besser erfasst werden. Die obere Schicht des Feldes wird daher erneuert und versiegelt. Die Kosten hierfür werden sich auf 20-30 T€ belaufen.

Realschule Plus Lambrecht:

Es besteht die Überlegung, in einem ungenutzten Umkleidebereich in der Turnhalle ein Sozialraumbüro einzurichten. Hierzu wird vorerst geprüft, ob dies einer späteren Förderung schaden könnte.

Herr Sauer verlässt den Raum.

Der Ausschuss schlägt vor, die Debatte zum Haushalt vorerst in den Fraktionen zu beraten. Daher werden die Ansätze zur Kenntnis genommen. Eine Beschlussfassung bleibt aus.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 3

Drucksache

Gremium:

Bau-, Umwelt- und Agrarausschuss

Sitzung am:

Donnerstag, 06.10.2016

Tagesordnung:

Mitteilungen und Anregungen

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Siebenpfeiffer Realschule Plus und Fachoberschule, Haßloch:

Der Vorsitzende teilte mit, dass die Vergabe der Abrissarbeiten der Hallenstirnwände an die Firma Thor, Mannheim, erging. Mit Beschluss vom 06.09.2016 wurde die Vergabe an den günstigsten Bieter festgelegt.

Legionellen in kreiseigenen Turnhallen:

Der Vorsitzende berichtete über die Probleme mit Legionellen in den Turnhallen des Landkreises. Im Rahmen der neuen Trinkwasserverordnung habe man die Hallen erneut überprüft und zum Teil überhöhte Werte erhalten. Bisher wurden hiergegen spezielle Filter eingebaut; es gibt mittlerweile aber auch andere Lösungen.

Da für den Schulsport keine Duschen benutzt werden, begrenzt sich die Nutzung lediglich auf die Vereine. Hierbei werden aber auch nicht alle Duscharmaturen gebraucht. Laut Richtlinie müssen aber alle Leitungen alle 48 Stunden gespült werden. Dies sollte bestenfalls automatisiert erfolgen.

In den Einrichtungen, die überhöhte Werte aufweisen, sind sog. Mischwassereinrichtungen angebracht. Das bedeutet, das Warmwasser wird auf 62 °C erhitzt und mit Kaltwasser gemischt. Das Wasser wird dann mit rund 42,5 °C als Warmwasser an die Armatur geleitet, neben einer Kaltwasserleitung. Durch diese geringen Temperaturen werden die Zuleitungen zu den Wasserhähnen gefährdet.

Nach den heutigen Vorgaben ist bis zu allen Waschbecken bzw. Duschen mit den hohen Temperaturen zu fahren. Dennoch muss gewährleistet sein, dass das Wasser

aus der Prause mit einer Maximaltemperatur von 42,5 °C austritt (Verbrühungsschutz). Dies wird durch eine mechanische Voreinstellung der Wassertemperatur an der Duscharmatur erreicht.

Gesundheitsgefährdungen sind auszuschließen.

Aus den Reihen des Ausschusses wurde die Frage gestellt, ob nur die Sporthallen oder auch die Duschbereiche für die Vereinsnutzung freigegeben werden müssen. Dies sei auch eine finanzielle Frage. Hierauf erwiderte der Vorsitzende, dass die Frage bereits mit dem Fördergeber diskutiert wird. Historisch bedingt sind in den Hallen viele Duschen eingebaut.

Weiterhin wurde vom Ausschuss vorgeschlagen, Münzapparate einzuführen. Die Kaltwasserbereitstellung sei kein Problem, aber man könne die Nutzung von Warmwasser hierdurch einschränken. Dies wäre der Verbandsgemeinde Wachenheim gegenüber vor Jahren als zulässig erklärt worden. Die Verwaltung wird dies prüfen.

Auch die Möglichkeit von Durchlauferhitzern wurde angeregt. Hierzu wurde jedoch mitgeteilt, dass das Leitungssystem zu groß sei und man hierzu Durchlauferhitzer in einer enormen Anzahl benötige. Die EnEV-Vorgaben lassen dies zudem nicht zu.

Herr Postel verlässt den Sitzungssaal.